

Auf dem Weg zu einer inklusiven, diskriminierungsfreien Kinder- und Jugendhilfe – eine Einleitung

Kirsten Scheiwe, Wolfgang Schröer, Friederike Wapler, Michael Wrase

Die inklusive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe ist ein zentrales Anliegen der aktuellen fachöffentlichen und rechtspolitischen Initiativen. Es handelt sich um ein Grundthema und eine übergreifende Zielsetzung auf dem Weg zu einem rechtebasierten Verständnis der Kinder- und Jugendhilfe (*rights-based approach*), das wir zusammen mit namhaften Expert*innen aus der Wissenschaft und Praxis in den bislang vier Foren Kinder- und Jugendhilferecht in unterschiedlichen Facetten behandelt haben.¹ Wir freuen uns, dass zusammen mit dem vorliegenden Band, der thematisch das vierte Forum unter dem Titel „Teilhabe für alle – Auf dem Weg zu einer diskriminierungsfreien Kinder- und Jugendhilfe“ am 2.-3. November 2023 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) umfasst, nun alle veröffentlichten Beiträge in der Reihe ‚Schriften zum Familien- und Sozialrecht‘ beim Nomos-Verlag im *Open Access* frei zugänglich sind.²

Inklusion und diskriminierungsfreie Teilhabe

Entgegen dem dargestellten umfassenden Verständnis ist auffällig, dass der Begriff „Inklusion“ im Fachdiskurs häufig enger verstanden und allein oder primär auf die Teilhabe von jungen Menschen mit Behinderungen bezogen wird. Auch die Gesetzesbegründung zum 2021 in Kraft getretenen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) spricht von einem „inklusiven System“

1 Siehe <https://www.uni-hildesheim.de/fbl/institute/institut-fuer-sozial-und-organisatio-ns-paedagogik/forschung/forschungscluster-des-instituts/forum-kinder-und-jugendhilfe/erecht> (letzter Zugriff: 28.08.2024).

2 Neben dem vorliegenden Band sind dies: *Scheiwe/Schröer/Wapler/Wrase* (Hrsg.), *Der Rechtsstatus junger Menschen im Kinder- und Jugendhilferecht*, 2021; *Scheiwe/Schröer/Wapler/Wrase* (Hrsg.), *Rechtsdurchsetzung, Implementationsdefizite und Rechtsverwirklichung in der Kinder- und Jugendhilfe*, 2022; *Scheiwe/Schröer/Wapler/Wrase* (Hrsg.), *Inklusion und die Rechte junger Menschen. Eine rechtskreisübergreifende Aufgabe*, 2023.

oder einer „inkluisiven Kinder- und Jugendhilfe“ nur im Zusammenhang mit dem Merkmal Behinderung.³ Das ist mit Blick auf die besonderen Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) zur Schaffung eines inklusiven Hilfesystems nur zu verständlich, zumal hier – wie wir im vorangegangenen Forum vor allem in Hinblick auf die Schnittstelle zum Teilhaberecht behandelt haben – auch in den kommenden Jahren eine zentrale Herausforderung der völker- und menschenrechtskonformen Ausgestaltung des SGB VIII liegen wird. Allerdings lassen sich verschiedene Elemente des KJSG, wie insbesondere die Stärkung der Beteiligungsrechte junger Menschen, auch in ein größeres Konzept der Inklusion einordnen.

So umschreibt *Robert Uerpmann-Wittzack* in seinem einführenden Beitrag eine inklusive Gesellschaft als eine solche, an der *alle* jungen Menschen unabhängig von ihren persönlichen Merkmalen diskriminierungsfrei teilhaben können.⁴ Nach dem von ihm aus den menschenrechtlichen Konventionen und insbesondere der UN-BRK entwickelten Konzept umfasst Inklusion vier Dimensionen: (1.) die generelle Beseitigung von einstellungsbezogenen und umweltbedingten Barrieren, (2.) ergänzende Maßnahmen zur Teilhabeermöglichung im Einzelfall in Form von „angemessenen Vorkehrungen“, (3.) Diskriminierungsverbote, die effektiven Schutz auch vor strukturellen und Diskriminierungen durch Private bieten, sowie (4.) Verfahrensanforderungen wie Beteiligungs- und Mitspracherechte.⁵ Dieses „Angebot für die Rechtsentwicklung“ kann, auch wenn *Uerpmann-Wittzack* die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) nicht direkt in Bezug nimmt,⁶ für die Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendhilferechts als Leitschnur herangezogen werden.

Es weist die Richtung, in der das SGB VIII nach dem KJSG weiter voranschreiten sollte. So rekurriert *Katharina Lohse* auf die in § 1 Abs. 3 SGB VIII verankerten Grundziele des Kinder- und Jugendhilferechts, Benachteiligungen abzubauen und jungen Menschen zu ermöglichen, selbstbestimmt zu handeln und damit gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben.⁷ Um diese Ziele zu erreichen, sind die Leistungen, wie *Lohse* ausführt, inklusiv, adressatengerecht und plural auszugestalten. Zudem sind das Jugendamt sowie die freien Leistungsträger zu einem diskriminierungsfreien Handeln verpflichtet.

3 BT-Drs. 19/26107, S. 3.

4 *Uerpmann-Wittzack*, in diesem Band, S. 28 ff.

5 *Uerpmann-Wittzack*, in diesem Band, S. 46 ff.

6 Ausführlich zur UN-KRK *Funke*, in diesem Band, S. 63 ff.

7 *Lohse*, in diesem Band, S. 78.

Braucht es ein Diskriminierungsverbot im SGB VIII?

In verschiedenen Beiträgen des Forums ist dabei deutlich geworden, dass gerade beim Diskriminierungsschutz im Kinder- und Jugendhilferecht erhebliche Lücken auszumachen sind. Anders als die UN-KRK in Art. 2 Abs. 1 mit seinem umfassenden und offenen Katalog („insbesondere“, „sonstiger Status“) an geschützten Merkmalen enthält das SGB VIII kein umfassendes und auf seinen Anwendungsbereich zugeschnittenes Diskriminierungsverbot. Der für Sozialleistungen allgemein geltende § 33c Satz 1 SGB I umfasst nur die Merkmale „Rasse“, ethnische Herkunft und Behinderung und entfaltet aufgrund seines Satzes 2, wonach Ansprüche nur nach den Voraussetzungen der speziellen Regelungen in den jeweiligen Sozialgesetzbüchern geltend gemacht werden können, überaus „geringe Wirkkraft“.⁸ Landesrechtliche Regelungen, welche die öffentliche Verwaltung und damit auch die Jugendämter zu diskriminierungsfreiem Handeln verpflichten sowie entsprechende Haftungs- und (Verbands-)Klagerechte vorsehen, gibt es (bislang) nur im Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) in Berlin.⁹

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die immer weiter ausdifferenzierten Strukturen und Diskurse des internationalen, europäischen und nationalen Antidiskriminierungsrechts¹⁰ *bis dato* im Bereich des Kinder- und Jugendhilferechts kaum tiefergehend behandelt geschweige denn überhaupt wahrgenommen werden. In diesem Zusammenhang wäre in Bezug auf das Kinder- und Jugendhilferecht auch eine differenzierte Debatte über den Adultismus zu führen, was bisher nur ansatzweise, vor allem in internationalen Kontexten geschehen ist.

Konkret weist nicht zuletzt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zu rassistischen Ausschlüssen von Sinti**z*ze und Rom**n*ja von Bildungsangeboten für junge Menschen darauf hin, wie notwendig eine antidiskriminierungsrechtliche Perspektive auch für die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe wäre.¹¹ So zeigt auch *Ersan Özdemir* in seinem Beitrag auf, dass überkommene rassistische Denk- und

8 Lohse, in diesem Band, S. 86.

9 Siehe dazu den *Klose/Liebscher/Wersig/Wrase* (Hrsg.), LADG Kommentar, i.E. 2025.

10 Dazu *Mangold/Payandeh*, Antidiskriminierungsrecht – Konturen eines Rechtsgebiets, in: *Mangold/Payandeh* (Hrsg.), Handbuch Antidiskriminierungsrecht, 2022, § 1 S. 4 ff.

11 *EGMR* (GK), Urt. v. 13.11.2007 – 57325/00, insb. Rn. 182 ff. – D.H. ./, Tschechische Republik; *EGMR* (GK), Urt. v. 16.3.2010 – 15766/03, Rn. 172 ff. – Oršuš u.a. ./, Kroatien; *EGMR*, Urt. v. 11.12.2012 – 59608/09 – Sampani u.a. ./, Griechenland; *EGMR*, Urt. v.

Handlungsstrukturen in den Diskursen und Praktiken der Kinder- und Jugendhilfe – wie in anderen Gesellschaftsbereichen – (weiter) virulent sind und effektiv bekämpft werden müssen. Das gilt umso mehr, als sie über die weiteren Lebens- und Teilhabemöglichkeiten von jungen Menschen (mit-)entscheiden. Alle Expert*innen waren bzw. sind sich dabei einig, dass ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot im SGB VIII jedenfalls einen umfassenden, offenen Katalog von geschützten Merkmalen – vergleichbar dem Art. 2 Abs. 1 UN-KRK – enthalten und damit keine Hierarchie zwischen verschiedenen Diskriminierungskategorien aufmachen sollte.¹²

Antidiskriminierungsrecht und Rechtsdurchsetzung

Ebenso klar haben die Beiträge gezeigt, dass ein effektiver Diskriminierungsschutz entscheidend von der tatsächlichen Durchsetzbarkeit entsprechender Rechte durch die Adressat*innen abhängig ist. So hat etwa *Doris Liebscher*, Leiterin der LADG-Ombudsstelle des Landes Berlin, in ihrem nicht verschriftlichten Vortrag auf eine Reihe von Praxisfällen aus der Kinder- und Jugendhilfe hingewiesen und gleichzeitig auch für ein spezielles Diskriminierungsverbot und entsprechende Durchsetzungsmechanismen im Kinder- und Jugendhilferecht plädiert. *Ulrike Urban-Stahl* hat demgegenüber in ihrem – ebenfalls in diesem Band nicht enthaltenen – mündlichen Kommentar die Entwicklung der Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe näher beleuchtet. Zugleich zeigte sie sich aber gegenüber der

29.1.2013 – 11146/11 – Horváth und Kiss ./ Ungarn; *EGMR*, Urt. v. 30.5.2013 – 7973/10 – *Lavida u.a.* ./ Griechenland.

12 Ein solches könnte beispielsweise wie folgt lauten:

„§ X Diskriminierungsverbot

(1) Junge Menschen und Erziehungsberechtigte dürfen im Anwendungsbereich dieses Gesetzes nicht aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen und antisemitischen Zuschreibung, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der Sprache, der sexuellen und geschlechtlichen Identität, des sozialen oder sonstigen Status diskriminiert werden.

(2) Diskriminierungen umfassen unmittelbare und mittelbare Benachteiligungen sowie Belästigungen, wenn diese im Zusammenhang mit einem oder mehreren der in Absatz 1 genannten Gründe steht. [§ 3 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.]

(3) Benachteiligungen sind nur gerechtfertigt, wenn sie aufgrund eines hinreichenden sachlichen Grundes erfolgen sowie erforderlich und angemessen sind.“

Einbeziehung diskriminierungsrechtlicher Verfahren und Aspekte zurückhaltend.

Im Rahmen des zweitägigen Forums konnte im interdisziplinären Austausch zwischen Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaften und Sozialpädagogik naturgemäß nur ein erster Einstieg in das Thema einer inklusiven, diskriminierungsfreien Kinder- und Jugendhilfe gemacht werden. Zu erwähnen ist dabei auch das Projekt einer Kindergrundsicherung, dessen Aufstieg und (vorläufigen?) Fall *Anne Lenze* in ihrem Beitrag instruktiv nachzeichnet, sowie das Handlungsverständnis der Kinder- und Jugendhilfe zwischen *Adultismus* und *Childism*, mit dem sich *Florian Eßer* in seinem Vortrag beschäftigt hat, der hier nicht abgedruckt ist. *Childism* ist ein kritischer Ansatz, der die intersektionale Diskriminierung von Kindern und Minderjährigen kritisiert und die Konstruktion von *Adultism* in Forschung und Gesellschaft aufdeckt, um einen stärker altersinklusiven Zugang zu fördern.¹³

Insgesamt hat sich gezeigt, wie wichtig die normative als auch (handlungs-)praktische Integration einer antidiskriminierungsrechtlichen Perspektive für die Entwicklung zu einem inklusiven Kinder- und Jugendhilferecht ist, das allen jungen Menschen – entgegen wirkmächtiger gesellschaftlicher Benachteiligungs- und Ausschlussmechanismen – *tatsächlich* gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten eröffnet.

Insofern konnte ein Auftakt gemacht werden, um ein erstes Fundament für diesen Baustein einer rechtbasierten Kinder- und Jugendhilfe zu legen. An diesem wird weiter zu arbeiten sein.

Die Beiträge im Einzelnen: Menschen- und verfassungsrechtliche Grundlagen

In seinem Beitrag „Grund- und menschenrechtlicher Rahmen für eine diskriminierungsfreie Teilhabe junger Menschen in der Gesellschaft“ betrachtet *Robert Uerpmann-Witzack* die Herausforderungen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von jungen Menschen in Deutschland. Ausgehend von einer Analyse des deutschen Verfassungsrechts sowie der unterschiedlichen Ansätze im internationalen Menschenrechtsschutz, insbesondere der UN-BRK, entwickelt

13 *Wall*, From childhood studies to childism: reconstructing the scholarly and social imaginations, *Children's Geographies* 2019, S. 257; aus menschenrechtlicher Perspektive *Young-Bruehl*, *Childism: Confronting Prejudice Against Children* 2012.

er ein allgemeines grund- und menschenrechtliches Konzept der Inklusion und gleichberechtigten Teilhabe.

In seiner Analyse des Ist-Zustands in Deutschland beschreibt *Uerpmann-Wittzack* die Wirkmächtigkeit sozialer Ungleichheitsstrukturen. So führt er an, dass der sozioökonomische Status und der Migrationshintergrund eines Kindes erheblich dessen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe beeinflussen. Der Verfasser verweist dabei auf Berichte internationaler Menschenrechtsorgane, die diese strukturellen Benachteiligungen kritisieren. Beispielsweise beklagte der UN-Ausschuss gegen rassistische Diskriminierung 2015 die Benachteiligung von ethnischen Minderheiten im deutschen Bildungssystem, was zur gesellschaftlichen Segregation führe. Ebenso wurden Kinderarmut und ungleiche Bildungszugänge für Kinder mit Behinderungen sowie für Geflüchtete und Asylsuchende kritisiert.

Dies ist die Hintergrundfolie für eine umfassende Analyse des verfassungsrechtlichen und menschenrechtlichen *status quo*. Das deutsche Grundgesetz schützt zwar vor unmittelbarer staatlicher Diskriminierung durch den allgemeinen Gleichheitssatz sowie die speziellen Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG. Dieser Schutz, der durch eine restriktive Auslegung der Merkmale wie „Herkunft“ weiter eingeschränkt wird, greift vor allem bei direkter staatlicher Diskriminierung, während faktische Ungleichheiten, die sich aus sozialen Strukturen ergeben, weniger berücksichtigt werden. Dabei zeigt sich in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Teilhaberechten und zum Verbot der Benachteiligung wegen einer Behinderung nach Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG, wie *Uerpmann-Wittzack* aufzeigt, dass das deutsche Verfassungsrecht in seinen Worten „durchaus offen ist für eine Entwicklung hin zur Schaffung materieller Gleichheit“.

Auch viele der internationalen Menschenrechtskonventionen bieten nach *Uerpmann-Wittzacks* Analyse keine ausreichenden Lösungen, da sie zwar Antidiskriminierungsmaßnahmen vorsehen, aber oft keine umfassenden Konzepte zur Förderung der sozialen Teilhabe entwickeln. Die Rechtsprechung des EGMR zur strukturellen Diskriminierung von Roma-Kindern im Bildungswesen und zu positiven Verpflichtungen, etwa zur Sprach- und Entwicklungsförderung benachteiligter Schüler*innen, sowie die Ausführungen des UN-Sozialausschusses zum Recht auf Bildung werden als Ansätze eines weiterführenden Teilhabe- und Diskriminierungsverständnisses hervorgehoben.

Demgegenüber statuiert die UN-BRK von 2006 ein umfassendes Konzept zur Teilhabeermöglichung für Menschen mit Behinderungen. Sie ver-

pflichtet Staaten, Barrieren aktiv abzubauen und gleiche Teilhabechancen zu schaffen. Diese Prinzipien können nach *Uerpmann-Witzack* auch auf andere benachteiligte Gruppen übertragen werden. Er schlägt mithin vor, dass UN-BRK-Konzept als Blaupause für ein allgemeines Konzept zur diskriminierungsfreien Teilhabe junger Menschen zu nutzen. Dabei hebt er die Bedeutung der Inklusion hervor, die sich nicht nur auf Menschen mit Behinderungen beschränkt, sondern auf alle (jungen) Menschen angewendet werden sollte.

Hierzu gehört der Abbau von sowohl umwelt- als auch einstellungsbedingten Barrieren. Beispielsweise können Sprachbarrieren durch gezielte Förderprogramme oder die Schaffung eines mehrsprachigen Umfelds (zumindest teilweise) beseitigt werden.

Da eine vollständig barrierefreie Gesellschaft bislang utopisch ist, bleiben nach *Uerpmann-Witzack* ergänzende Maßnahmen zur Teilhabe im Einzelfall, sogenannte „angemessene Vorkehrungen“, notwendig. Dies betrifft etwa spezielle Förderprogramme oder Nachteilsausgleiche, die es jungen Menschen ermöglichen, trotz ihrer Benachteiligung gleiche Chancen zu erhalten.

Der Abbau von Barrieren erfordert langfristige politische Prozesse. Der Text betont die Notwendigkeit einer Verfahrensdimension, die sicherstellt, dass die Politik konkrete Pläne mit klaren Zielen und Fristen entwickelt. Dabei sollten betroffene Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen oder sozial benachteiligte Familien, vor allem auch in Form der Verbändebeteiligung, in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Dies würde den Staat in die Verantwortung nehmen und eine wirksamere Umsetzung von Inklusion ermöglichen.

Resümierend plädiert *Uerpmann-Witzack* für eine Weiterentwicklung des Rechtsrahmens, um diskriminierungsfreie Teilhabe junger Menschen in der Gesellschaft zu verwirklichen. Er fordert eine stärkere Berücksichtigung sozialer Ungleichheiten im Verfassungsrecht und in der Rechtsprechung sowie eine Politik, die aktiv den Abbau von Barrieren vorantreibt. Die Prinzipien der UN-Behindertenrechtskonvention bieten dabei zentrale Anhaltspunkte für eine inklusive(re) Gesellschaft.

Der Beitrag von *Sophie Funke* ergänzt diesen grundsätzlichen Teilhabe- und Inklusionsansatz durch die Perspektive auf Kinderrechte. Sie untersucht in ihrem Beitrag die diskriminierungsbewusste Partizipation von Kindern und Jugendlichen, gestützt auf die UN-KRK. Sie betont, dass Partizipation ein zentrales Element der Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Teilhabe ist, und verweist auf die Bedeutung der UN-KRK, die seit

1992 in Deutschland zunächst mit sog. Vorbehalten in Bezug auf Kinder im Kontext des Migrationsrecht und dann ab 2010 ohne Einschränkungen ratifiziert ist. Diese Konvention erkennt Kinder und Jugendliche als eigenständige Rechtssubjekte an, die nicht nur Fürsorge, sondern auch Mitbestimmungsrechte haben.

Der Artikel hebt hervor, dass die UN-KRK drei zentrale Dimensionen umfasst: Schutz-, Förder- und Partizipationsrechte. Besonders Art. 12 UN-BRK, der das Recht der Kinder auf Gehör und Berücksichtigung ihrer Meinung regelt, ist für die Partizipation entscheidend. Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, sind verpflichtet, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihre Rechte aktiv wahrzunehmen. Dies erfordert, dass Kinder in ihrer Vielfalt wahrgenommen und spezifische Diskriminierungsbarrieren abgebaut werden.

Ein diskriminierungsbewusster Ansatz erfordert, dass Kinder in allen sie betreffenden Angelegenheiten angehört werden, unabhängig von ihrem Alter oder ihrer Reife. Dabei spielt das Lundy-Modell¹⁴ eine zentrale Rolle, das Raum (*space*), Stimme (*voice*), Publikum (*audience*) und Einfluss (*influence*) als Schlüsselkomponenten für eine erfolgreiche Partizipation beschreibt. Daneben ist das in Art. 3 Abs. 1 UN-KRK verankerte Grundprinzip des „*best interest of the child*“ (auf Deutsch: „vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls“) bei allen staatlichen Maßnahmen, die Kinder betreffen, zu berücksichtigen.

Funke kritisiert, dass trotz der Verankerung der umfassenden Partizipations- und Mitbestimmungsrechte in der UN-KRK diese in Deutschland noch nicht konsequent umgesetzt werden. Der Beitrag fordert transparente, freiwillige und kindgerechte Partizipationsverfahren sowie wirksame Beschwerdemöglichkeiten für Kinder. *Funke* unterstreicht, dass eine menschenrechtsorientierte Gesellschaft die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozesse integrieren muss. Sie schließt mit der Forderung, Kinderrechte bedingungslos anzuerkennen und umzusetzen – im Sinne des Leitsatzes „Nicht über uns, ohne uns“.

Diskriminierungsschutz de lege lata im SGB VIII

Der folgende Beitrag von *Katharina Lohse* befasst sich mit der Rolle des Rechts bei der Förderung einer diskriminierungsfreien Kinder- und

14 Lundy, 'Voice' is not enough: Conceptualising Article 12 of the United Nations Convention on the Rights of the Child, British Education Research Journal 2007, S. 927.

Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Die Autorin untersucht, wie das Kinder- und Jugendhilferecht, insbesondere in Verbindung mit Antidiskriminierungsrecht, dazu beitragen kann, Benachteiligungen abzubauen und eine gleichberechtigte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen.

Als Ausgangspunkt spielt das Diskriminierungsverbot des Art. 2 Abs. 1 UN-KRK eine wichtige Rolle, das einen nicht abschließenden Katalog von geschützten Merkmalen umfasst und auch die Benachteiligung wegen des Status der Eltern bzw. des Vormundes einbezieht. Mit dieser systemischen Perspektive schlägt die UN-KRK eine Brücke in das SGB VIII.

Lohse hebt hervor, dass das SGB VIII das Recht jedes jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und auf chancengerechtes Aufwachsen garantiert. Das SGB VIII zielt nach seinem § 1 Abs. 1 und Abs. 3 darauf ab, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe zu fördern und Benachteiligungen abzubauen. Eng verbunden ist dies mit der inklusiven Öffnung, die durch das KJSG an zentralen Stellen gestärkt wurde.

Das SGB VIII umfasst spezifische Leistungen, die gezielt Benachteiligungen abbauen sollen, wie z.B. die Jugendsozialarbeit und die Kindertagesbetreuung. Diese Angebote sind teilweise auf strukturelle und individuelle Benachteiligungen ausgerichtet und sollen durch eine inklusive und pluralistische Ausgestaltung allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Neben diesen Regelleistungen braucht es Einzelfallhilfen wie die Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII, denen aber weiterhin aufgrund ihrer defizitorientierten Voraussetzungen die „Aura einer stigmatisierenden, tendenziell aufgedrängten Hilfe“ anhängt.

Da die Lebenssituation von jungen Menschen und ihren Familien vielfältig ist, müssen ausreichend Wahlmöglichkeiten geschaffen werden, um eine Passgenauigkeit der Leistungen zu ermöglichen. So betont *Lohse*, dass zwar kein Anspruch auf eine bestimmte trägerspezifische Angebotsstruktur besteht, die Träger der öffentlichen Jugendhilfe aber die Pflicht trifft, die Rahmenbedingungen für eine entsprechende Vielfalt von Trägern und Angeboten in der Kinder- und Jugendhilfe zu schaffen.

Das sozialrechtliche Benachteiligungsverbot des § 33c SGB I verpflichtet die Jugendämter, bei der Leistungsgewährung Diskriminierungen aufgrund der „Rasse“, ethnischen Herkunft und Behinderung zu unterlassen bzw. zu verhindern. Die Wirkung und tatsächliche Bedeutung dieses allgemeinen, auf wenige Merkmale eingeschränkten Diskriminierungsverbots ist, wie *Lohse* aufzeigt, allerdings gering. Es finden sich kaum veröffentlichte Entscheidungen, die Bezug auf diese Norm nehmen.

Zusammenfassend stellt *Lohse* fest, dass das SGB VIII in seiner Grundstruktur einen guten Rahmen für eine diskriminierungsfreie Kinder- und Jugendhilfe bietet. In der Praxis gibt es jedoch, wie sie mit Blick auf die Vergabe von Kita-Plätzen und sogenannte „Brückenlösungen“ für unbegleitete minderjährige Geflüchtete ausführt, erhebliche Umsetzungsdefizite, die strukturelle Benachteiligungen verstärken können. Es bedarf daher weiterer rechtlicher und praktischer Entwicklungen, um die Ziele einer umfassend diskriminierungsfreien Kinder- und Jugendhilfe zu erreichen.

Der Grundsatz der Trägervielfalt als Hebel für mehr Diversität?

Der Beitrag von *Daniela Schweigler* beleuchtet den Grundsatz der Trägervielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe und untersucht, inwiefern dieser Grundsatz zur Diversität der Angebote beitragen und Diskriminierung entgegenwirken kann. Der Grundsatz ist in § 3 Abs. 1 SGB VIII verankert und beschreibt die Vielfalt von Trägern mit unterschiedlichen Wertorientierungen sowie die Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen in der Jugendhilfe.

In Deutschland sind etwa vier Fünftel der Kinder- und Jugendhilfeträger frei und ein Fünftel öffentlich. Insbesondere bei erlaubnispflichtigen Einrichtungen dominieren die freien Träger. Diese Trägerlandschaft ist historisch gewachsen, geprägt durch die Rolle der Kirchen und die später hinzugekommenen Jugend- und Wohlfahrtsverbände. Die Trägervielfalt soll vor diesem Hintergrund den unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnissen von jungen Menschen gerecht werden und ihnen bzw. den leistungsberechtigten Eltern eine Auswahl von passenden Angeboten ermöglichen. Das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten, das in § 5 Abs. 1 SGB VIII verankert ist, unterstützt diese Vielfalt, indem es ihnen erlaubt, zwischen verschiedenen Trägern zu wählen.

Historisch ist interessant, dass der Grundsatz der Trägervielfalt sowie das Wunsch- und Wahlrecht erst nachträglich in das Kinder- und Jugendhilfegesetz aufgenommen wurden, basierend auf historischen Vorläufern, die vor allem religiöse Freiheiten betonten. Diese Regelungen zielten, wie *Schweigler* aufzeigt, ursprünglich darauf ab, Eltern das Recht einzuräumen, konfessionell gebundene Träger abzulehnen und stattdessen öffentliche Einrichtungen zu wählen. Im Laufe der Zeit wurden sie weiterentwickelt, um auch kulturelle, geschlechtsspezifische und behinderungsspezifische Bedürfnisse zu berücksichtigen. Das KJSG von 2021 hat diese Prinzipien

weiter ausgebaut und auch die Bedürfnisse von transidenten, nichtbinären und intergeschlechtlichen jungen Menschen einbezogen.

Der Grundsatz der Trägervielfalt ist verfassungsrechtlich fundiert, indem er verschiedene Grundrechte zur Geltung bringt, wie die Religionsfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG) und das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG). Im verfassungsrechtlichen Schrifttum hat namentlich *Stephan Rixen* vorgeschlagen, diesen Bestimmungen ein Grundrecht auf eine glaubens- bzw. persönlichkeitskonforme Ausgestaltung der Sozialleistungsgewährung zu entnehmen.

Für die Leistungserbringer ist insbesondere die Berufsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG von Bedeutung. Zudem wird die Gleichbehandlung aller Träger durch den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) gewährleistet. Konfessionelle Träger genießen zusätzlich Schutz durch die Religionsfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht.

Die Trägervielfalt hat praktische Auswirkungen auf verschiedene Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe. Die öffentlichen Träger sind verpflichtet, eine vielfältige Angebotslandschaft sicherzustellen, die den unterschiedlichen Bedarfen der Leistungsberechtigten gerecht wird. Dies ist, wie *Schweigler* ausführt, sowohl bei der Erteilung der Betriebserlaubnis für Einrichtungen und bei der Aufsicht als auch bei der Finanzierung zu berücksichtigen. Daraus können Zielkonflikte entstehen, etwa wenn gleichzeitig Inklusivität und die Berücksichtigung spezieller Bedürfnisse gefordert werden.

Gewerbliche Träger werden bei der Jugendhilfeplanung und Finanzierung benachteiligt, da das Gesetz (vgl. etwa § 74 Abs. 1, § 75 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII) gemeinnützige Träger privilegiert. Jenseits von verfassungs- und unionsrechtlichen Bedenken hält *Schweigler* diese Privilegierung auch im Hinblick auf die Pluralität von Trägern und Angeboten für problematisch.

Während in einigen Bereichen alle geeigneten Träger finanzielle Unterstützung erhalten, gibt es bei anderen Modellen selektive Finanzierungsentscheidungen. Hier muss sichergestellt werden, dass die Vielfalt der Träger nicht durch ungerechte Finanzierungspraktiken eingeschränkt wird.

Schweigler zeigt in ihrer umfassenden Analyse, dass der Grundsatz der Trägervielfalt ein Hebel für mehr Diversität und gegen Diskriminierung in der Kinder- und Jugendhilfe sein kann, wenn er konsequent umgesetzt wird. Sie weist aber darauf hin, dass abzuwarten bleibt, wie sich dieser Grundsatz in der Praxis weiterentwickelt und welche Rolle das Europarecht und künftige Gesetzesänderungen dabei spielen werden. Besonders im Hinblick auf die zunehmende gesellschaftliche Pluralität und den Fachkräf-

temangel wird es wichtig sein, die Trägervielfalt zu bewahren und gleichzeitig Diskriminierungen zu verhindern.

Christian Peucker ergänzt die rechtliche Befassung mit der Trägervielfalt mit Befunden aus empirischer Sicht im Kontext der Dauerbeobachtung „Kinder- und Jugendhilfe im Wandel“ des Deutschen Jugendinstituts. Er fragt, ob der Grundsatz der Trägervielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe tatsächlich ein Hebel zu mehr Diversität und weniger Diskriminierung sein kann. In den 1990er-Jahren öffnete das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) die Trägerstruktur für neue freigemeinnützige und privat-gewerbliche Träger. Diese Entwicklung führte zu einer Zunahme der Trägervielfalt, insbesondere in den ambulanten und stationären Erziehungshilfen. Seit den 2000er-Jahren stagniert dieser Trend jedoch in vielen Arbeitsfeldern.

Da umfassende empirische Untersuchungen zur Trägervielfalt in der Jugendhilfe nicht vorliegen, greift *Peucker* in seinem Beitrag zwei Aspekte heraus, nämlich die Verbreitung privat-gewerblicher Träger und nicht christlicher, insbesondere muslimischer Träger. Wie er anhand von Daten aus den Jahren 2020 bis 2022 zeigt, spielen privat-gewerbliche Träger in bestimmten Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe – wie den stationären Einrichtungen und der sozialpädagogischen Familienhilfe – eine erhebliche Rolle, während muslimische Träger nach wie vor selten vertreten sind. Letzteres wird auf verschiedene Hürden zurückgeführt, wie fehlende Strukturen und Vorbehalte seitens der Jugendämter.

Zusammenfassend zeigt *Peucker*, dass die Trägervielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe gewachsen ist, jedoch weiterhin begrenzt bleibt. Besonders nicht christliche, anders religiöse und muslimisch gebundene Träger werden als Potenziale (noch) zu wenig genutzt. Um Trägervielfalt als Mittel zur Förderung von Diversität und gegen Diskriminierung besser umzusetzen, wäre eine stärkere Einbeziehung dieser Träger notwendig.

Diskriminierungsschutz in der sozialpädagogischen Praxis

Ersan Özdemir behandelt in seinem folgenden Beitrag die Notwendigkeit und Konzeption unabhängiger, rassismus- und diskriminierungskritischer Ethikkommissionen in der Kinder- und Jugendhilfe. Diese sollten als Reaktion auf bestehende Diskriminierungen innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe entwickelt werden, um systemische Ungerechtigkeiten wie rassistische Diskriminierungen besser zu bekämpfen.

Özdemir beginnt mit einer Diskussion über die Bedeutung der Professionsethik in der Sozialen Arbeit, insbesondere in Bezug auf Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit. Soziale Arbeit soll nicht nur individuelle Unterstützung bieten, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen fördern. Die Ethik der *International Federation of Social Workers* (IFSW) und des *Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit* (DBSH) betonen daher den Einsatz gegen Diskriminierung und die Anerkennung von Verschiedenheit. Diese ethischen Prinzipien bilden die Grundlage für eine menschenrechtebasierte, kritisch ambitionierte Soziale Arbeit, die sich permanent selbst reflektieren muss, um Diskriminierungen zu vermeiden.

Zentral weist Özdemir darauf hin, dass es in der modernen Gesellschaft, die von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen durchzogen ist, keine vollständig diskriminierungsfreie Kinder- und Jugendhilfe geben kann. Rassismus und Diskriminierungen sind tief in sozialen Strukturen verwoben und werden daher auch in professionellen Kontexten reproduziert. Der Verfasser betont daher die Notwendigkeit einer ständigen Reflexion und Dekonstruktion dieser Strukturen, um sie zu minimieren.

In diesem Zusammenhang wird auch die Rolle von Ethikkommissionen untersucht. Dabei betrachtet Özdemir für die Soziale Arbeit relevanten bestehenden Kommissionen wie die des DBSH und der *Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft* (DGfE). Die Analyse zeigt auf, dass diese Kommissionen oft nicht unabhängig genug sind und keine ausreichende rassismuskritische Expertise einbeziehen. Özdemir plädiert daher für die Schaffung unabhängiger Ethikkommissionen, die nicht nur intern handeln, sondern auch externe Expertise hinzuziehen und intersektionale Diskriminierungen berücksichtigen sollten.

Solche Kommissionen könnten beispielsweise staatliche und kommunale Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe auf ihre rassistischen Strukturen hin überprüfen. Dabei sollte die Partizipation von Betroffenen, etwa aus BiPoC- und LSBTIQ*-Communities, gewährleistet sein. Özdemir fordert zudem rechtliche Rahmenbedingungen, die die Arbeit dieser Ethikkommissionen unterstützen.

Abschließend betont er, dass die Umsetzung solcher Kommissionen eine enge Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeiter*innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Adressat*innen der Kinder- und Jugendhilfe erfordert. Nur so können nachhaltige und diskriminierungskritische Strukturen in der Kinder- und Jugendhilfe etabliert werden.

Kindergrundsicherung als Weg zur gleichen Teilhabe aller?

Der Beitrag von *Anne Lenze* behandelt den Aufstieg und das Scheitern der Kindergrundsicherung in Deutschland, einem zentralen sozialpolitischen Reformvorhaben der sog. Ampelkoalition. Ursprünglich als Maßnahme zur Bekämpfung der Kinderarmut gedacht, verlor das Projekt im Laufe der politischen Debatten seit 2021 zunehmend an Bedeutung. Statt über die Bekämpfung von Kinderarmut zu sprechen, konzentrierte sich der öffentliche Diskurs auf die Verwaltung der Leistung und die Höhe der Ausgaben. Schließlich wurde das Projekt im Juni 2024 faktisch politisch für die Legislaturperiode ausgesetzt.

Die Kindergrundsicherung sollte eine zentrale Rolle im Kampf gegen Kinderarmut spielen. Familienarmut und die Inanspruchnahme von Erziehungshilfen sind eng miteinander verknüpft, wie Statistiken zeigen. Kinderarmut hat weitreichende negative Folgen für das Wohlbefinden der Kinder und führt langfristig zu geringeren Bildungschancen, schlechterer Gesundheit und niedrigeren Einkommen. Verschiedene Studien aus den USA und Europa belegen, dass höhere Geldleistungen für Kinder sich langfristig positiv auf deren kognitive und soziale Entwicklung sowie ihren Bildungserfolg auswirken können.

Die ursprünglichen Konzepte der Kindergrundsicherung, die von verschiedenen Akteuren wie dem Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG und der Bertelsmann Stiftung entwickelt wurden, sahen eine umfassende Reform der bisherigen Kinder- und Familienförderung vor. Diese Konzepte umfassten eine gleichmäßige finanzielle Unterstützung aller Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern, und eine zentrale Verwaltung der Leistungen. Ziel war es, die bürokratischen Hürden zu senken und die Leistung automatisch auszus zahlen.

Im Koalitionsvertrag der sog. Ampelkoalition wurde die Kindergrundsicherung als „Neustart der Familienförderung“ beschrieben, der unterschiedliche nebeneinander bestehende Leistungen wie Kindergeld und Leistungen aus dem SGB II/XII bündeln sollte.

Der Gesetzentwurf zur Einführung der Kindergrundsicherung sah eine Trennung der Leistung in einen einkommensunabhängigen Kindergarantietbetrag und einen einkommensabhängigen Kinderzusatzbetrag vor. Letzterer sollte Kindern aus einkommensschwachen Familien zugutekommen. Allerdings wären, wie *Lenze* aufzeigt, die Verbesserungen für Kinder im Grundsicherungsbezug marginal geblieben, da die Leistungshöhe weitgehend auf dem Niveau der bestehenden Regelbedarfe festgelegt wurde.

Eine zentrale Neuerung sollte der „Kindergrundsicherungs-Check“ sein, der es Familien ermöglichen sollte, ihre Ansprüche leichter zu überprüfen. Gleichzeitig sollten durch eine verstärkte Digitalisierung der Prozesse bürokratische Hürden abgebaut werden. Trotz dieser Bemühungen blieb die Kindergrundsicherung letztlich deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Das Scheitern der Kindergrundsicherung lässt sich nach *Lenze* auf mehrere Faktoren zurückführen, darunter die Komplexität des deutschen Sozialsystems, die Vielzahl beteiligter Akteure und die mangelnde Unterstützung innerhalb der Koalition. Eine wichtige Lehre aus diesem Scheitern ist es aus ihrer Sicht, dass zukünftige Reformen im Sozialstaat stärker an die bestehenden Strukturen und Zuständigkeiten angepasst werden müssen. Das ursprüngliche Ziel der Bekämpfung von Kinderarmut bleibt, so hebt sie hervor, weiterhin eine zentrale Aufgabe der Sozialgesetzgebung, insbesondere durch die Reform der Verfahren zur Ermittlung des Existenzminimums von Kindern.

Ausblick

Die intensiven Diskussionen auf dem Vierten Forum für Kinder- und Jugendhilferecht waren sehr bereichernd, haben aber zugleich aufgezeigt, dass zahlreiche Fragen in der Ermöglichung einer diskriminierungsfreien Teilhabe durch die Kinder- und Jugendhilfe nicht nur noch offen sind, sondern auch kaum intensiv debattiert werden. Der Weg hin zu einem inklusiven und diskriminierungsfreien (oder zumindest diskriminierungsarmen und -sensiblen) Kinder- und Jugendhilfe erscheint darum noch weit.

Wir freuen uns auf weitere spannende Diskussionen auf dem Fünften Forum Kinder- und Jugendhilferecht, das am 22. und 23. Mai 2025 an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz stattfindet wird. Das Thema lautet: „Mit Recht: Qualität in der Kinder- und Jugendhilfe“.

Danksagung

Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal bei allen Referent*innen für ihre wertvollen Beiträge. Neben den Autor*innen der Beiträge in diesem Band sind dies

Dr. Doris Liebscher, Leiterin der LADG-Ombudsstelle des Landes Berlin,

Prof. Dr. Ulrike Urban-Stahl, Freie Universität Berlin,
Prof. Dr. Florian Eßer, Universität Osnabrück, und
Tanja Abou, Universität Hildesheim.

Besonderer Dank gilt Luise Freitag vom WZB für das umsichtige Lektorat dieses Bandes.

Beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) bedanken wir uns für die finanzielle Förderung der Veranstaltung und der Veröffentlichung der Beiträge im Open Access. Schließlich danken wir dem Nomos-Verlag und den Herausgeberinnen der Schriftenreihe sowie Frau Gisela Krausnick für die verlagsseitige Begleitung dieses Bandes.

Im September 2024

Die Herausgeberinnen und Herausgeber

Literaturverzeichnis

- Klose, Alexander/Liebscher, Doris/Wesig, Maria/Wrase, Michael (Hrsg.) (2025, i.E.): Landesantidiskriminierungsgesetz Berlin. Handkommentar, Baden-Baden: Nomos
- Lundy, Laura (2007): 'Voice' is not enough: Conceptualising Article 12 of the United Nations Convention on the Rights of the Child, *British Education Research Journal* 33 (6), S. 927, DOI: 10.1080/01411920701657033 (letzter Zugriff: 30.08.2024)
- Mangold, Anna Katharina/Payandeh, Mehrdad (2022): Antidiskriminierungsrecht – Konturen eines Rechtsgebiets, in: Mangold, Anna Katharina/Payandeh, Mehrdad, *Handbuch Antidiskriminierungsrecht*, Tübingen: Mohr Siebek, § 1, S. 4
- Scheiwe, Kirsten/Schröer, Wolfgang/Wapler, Friederike/Wrase, Michael (Hrsg.) (2023): Inklusion und die Rechte junger Menschen. Eine rechtskreisübergreifende Aufgabe. Beiträge zum 3. Forum Kinder- und Jugendhilferecht, *Schriften zum Familien- und Sozialrecht*, Bd. 5, Baden-Baden: Nomos
- Scheiwe, Kirsten/Schröer, Wolfgang/Wapler, Friederike/Wrase, Michael (Hrsg.) (2022): Rechtsdurchsetzung, Implementationsdefizite und Rechtsverwirklichung in der Kinder- und Jugendhilfe. Beiträge zum 2. Forum Kinder- und Jugendhilferecht, *Schriften zum Familien- und Sozialrecht*, Bd. 4, Baden-Baden: Nomos
- Scheiwe, Kirsten/Schröer, Wolfgang/Wapler, Friederike/Wrase, Michael (Hrsg.) (2021): Der Rechtsstatus junger Menschen im Kinder- und Jugendhilferecht. Beiträge zum 1. Forum Kinder- und Jugendhilferecht, *Schriften zum Familien- und Sozialrecht*, Bd. 2, Baden-Baden: Nomos
- Young-Bruehl, Elisabeth (2012). *Childism: Confronting Prejudice Against Children*. New Haven: Yale University Press

Wall, John (2019): From childhood studies to childism: reconstructing the scholarly and social imaginations, *Children's Geographies* 20 (3), S. 257, DOI: 10.1080/14733285.2019.1668912 (letzter Zugriff: 30.08.2024)

